

Die USA handeln im Zeichen einer einzigen zionistischen Verschwörung"
Eröffnungssatz Nadji Sabri, Irakischer Außenminister, Rede vor den Vereinten Nationen

"Hinter den Angriffsplänen der USA steht eine mächtige jüdische Lobby".
Rudolf Scharping bei einem in englischer Sprache gehaltenen Vortrag in Berlin. Nach William Safire, New York Times, 15.9.2002

Der deutsche Exportweltmeister als Todeshändler

Dokumentation über den deutschen Rüstungs- und Giftgas-Transfer

Die Akte Möllemann

Von Hans Branscheid (medico international)

"Ich geb mein deutsches Ehrenwort
Wir Deutschen brauchen mehr Export...
Wir schlagen uns mit Vehemenz...
Wir schlagen kühn die Konkurrenz...
Krieg. .. war einmal, doch jetzt ist's aus
Walhalla ist ein Warenhaus.
Karl Kraus, 1917

Tatsächlich ist es 1986 soweit: Die bundesdeutsche Wirtschaft ist der Welt größter Exporteur, nimmt vor den USA und Japan den ersten Platz im Welthandel ein. In den achtziger Jahren ereignete sich die entscheidende Wende und die deutschen Exporte nähern sich zunehmend den US-amerikanischen. 1987 erzielte dann die BRD-Wirtschaft mit Exporten im Wert von 527 Milliarden Mark erstmals die Spitzenposition im Welthandel und einen Weltmarktanteil von 12 Prozent. Damit hatte die neue Bundesrepublik die NS-Wirtschaft, deren Weltmarktanteil auf ihrem Höhepunkt im Jahr 1937 bei neun Prozent lag, bei weitem übertroffen. Die lange Phase des inneren Wiederaufbaus der BRD mit ihren großartigen Möglichkeiten der Kapitalakkumulation schien erschöpft. Ein wachsender Teil des eingesetzten Kapitals wird nun im Export und im Rüstungssektor angelegt, dessen staatliche Förderung die Sicherheit auf langfristig hohe Profite garantierte, die jetzt im Außenhandel zu realisieren waren. Die Geburtsstunde der deutschen Todeshändler schlägt in einer Bundesrepublik, deren oberstes wirtschaftliches Credo lautet, daß jeder Export erlaubt ist. Nur die Ausfuhr von Rüstung und sensibler Elektronik, Nuklear- und Chemietechnologie muß extra genehmigt werden. Die Exportphilosophie des Konkurrenten USA lautete genau umgekehrt: "alle Exporte sind grundsätzlich verboten, die nicht erlaubt worden sind" (STERN Nr. 3/ 1989). Zwar war die deutsche Verbotsliste umfangreich, aber die Praxis galt als äußerst liberal: die pro Jahr 75 000 Anträge im Bundesamt für Wirtschaft (Eschborn) wurden von weniger als 70 Beschäftigten bearbeitet. Und der Kommentar zum Außenwirtschaftsgesetz stellte fest, dieses sei "im Zweifelsfall zugunsten des Freiheitsprinzips" auszulegen. Klarer formuliert noch wurde die gängige Praxis in einer Äußerung von Gerhard Mertins, einem der Erfahrensten der Waffenexportbranche: "Der größte Rüstungshändler, den wir im Moment haben, ist der verantwortliche Regierungschef, der aber geschickte Täuschungen gutheißt" (ZEIT, 30.1. 1981): gemeint war Helmut Schmidt (SPD). Offenbar um unnötige Aufmerksamkeit zu vermeiden, ließ die Bundesregierung 1987 erklären, daß "Angaben zu Rüstungsexporten nur ein begrenztes Maß an Publizität" ertragen würden. Staatssekretär von Wartenberg (Im Jahre 2002 im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schon wieder für das Irak Geschäft tätig) erklärte dem Bundestag sogar ausdrücklich, "die Veröffentlichung von Ausfuhrwerten nach Empfängerländern kommt nicht in Betracht". Entsprechend weigerte sich die Bundesregierung prinzipiell, genauere Statistiken über die Ausfuhr von Waffen zu veröffentlichen.

Der diskrete Kunde Saddam Hussein

Am 22. September 1980 marschierten irakische Truppen in den Iran ein und eröffneten damit den achtjährigen Golfkrieg. Im Juni 1989 kam es zu einem Waffenstillstand, der den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Staaten ein Ende setzte – nicht jedoch dem fortwährenden Krieg des Irak gegen Teile der eigenen Bevölkerung. In diese Zeit fällt eine ganze Serie von Gasangriffen der irakischen Armee gegen den iranischen Kriegsgegner und gegen die kurdische Bevölkerung im Irak. Zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Giftgas in großem Maßstab eingesetzt, an dessen Entwicklung und

Produktion deutsche Unternehmen maßgeblich beteiligt waren. Im späten Kriegsjahr 1989 wird der Benutzung dieser Massenvernichtungswaffe eine schlachtentscheidende Rolle zugesprochen. In der gesamten Periode 1980 – 1988 importierten die kriegführenden Gegner Iran und Irak Waren im Wert von über 220 Milliarden Dollar. Die wichtigsten Handelspartner sind die EG-Staaten und Japan. Im Fall des Irak lagen die Exporteinnahmen im selben Zeitraum bei 84,8 Milliarden Dollar und die Ausgaben für die Importe betragen 93,3 Milliarden Dollar. Fast sämtliche der westlichen Industrienationen waren am Aufbau der gigantischen Rüstungsproduktion des Irak beteiligt. Dazu kamen beträchtliche Rüstungshilfen der Sowjet Union und auch aus der DDR. Als ausreichendes Argument galten die "Interessen am Golf" und die geostrategischen Gründe in Zusammenhang mit dem irakisch-iranischen Krieg. Das Interesse am Geschäft stand bei allem Pate. In westlichen Kreisen war von einem grandiosen "Petrodollar-Recycling" die Rede, ein Zyklus, der den Lieferanten ein Millionen Dollar Business versprach: Der Irak kaufte Waffen gegen Dollars, um die Dollar-Mittel zu realisieren, verkaufte der Irak Öl, die Dollars blieben gleich im Westen, während im Nahen Osten die eingekauften Waffen im Krieg planmäßig vernichtet wurden – woraufhin erneut gekauft und geliefert werden konnte. Ein profitables System, dessen lukrative Endlos-Spirale von den USA sogar wunschgemäß gesteuert werden konnte, indem man mal den Irakern, mal den Iranern die eigenen Satellitenerkenntnisse über den Stand der militärischen Positionen der jeweiligen andern Seite zur Verfügung stellte.

Gegen Ende des Jahres 1980 warf die iranische Regierung dem Irak erstmals den Einsatz von Giftgas vor. Laut dem schwedischen Forschungsinstitut für die internationale Rüstungssituation „SIPRI“ ist es allein in den Jahren 1980 bis 1984 ca. 133 Mal zu Giftgaseinsätzen des Iraks gegen iranische Truppen gekommen. Seit 1984 sind solche Massenvernichtungsaktionen von den Vereinten Nationen verbindlich nachgewiesen. Die irakische Führung setzte ungeachtet dessen den chemietoxischen Krieg fort und potenzierte diesen 1986, sodaß am 21. März 1986 der UN-Sicherheitsrat den Irak erstmals direkt verurteilte: "Zutiefst besorgt über die übereinstimmende Feststellung der Sachverständigen, daß irakische Streitkräfte bei vielen Gelegenheiten .. chemische Waffen gegen iranische Streitkräfte eingesetzt haben, verurteilen die Mitglieder des Rats mit Nachdruck diesen fortdauernden Einsatz chemischer Waffen, der in flagranter Weise gegen das Genfer Protokoll von 1925 ...verstößt" (United Nations Security Council, S. 16533/1986). Der Irak selber gab mehrmals in zweideutigen Erklärungen diesen Einsatz von chemischen Vernichtungswaffen und damit den Verstoß gegen das Verbot der Anwendung von C-Waffen indirekt zu. Im Juli 1988 gestand der irakische Außenminister Tariq Aziz sogar offen, chemische Kampfstoffe seien "von beiden Seiten" verwendet worden. Geäußert wurde dies am geeigneten Ort einer Pressekonferenz in Bonn, wo diese Mitteilung mit einer beachtlichen Gratifikation honoriert wurde: "Aus einer HERMES-Bürgschaft über 300 Millionen Mark, die im letzten Jahr gewährt wurde..., wurde ihm die letzte Rate" (FR, 6.1.89) mit auf den Weg gegeben. Die hochdefizitäre irakische Kriegsindustrie sollte zwecks Fortsetzung des blutigen Geschäfts spürbar entschuldigt werden. Unmittelbar nach Rückkehr von Tariq Aziz aus Bonn wurde der chemische Krieg gegen iranische Truppen ergänzt durch dieselbe Kriegsführung gegen die im Irak lebenden Kurden. Schon im April 1987 wurden in den kurdischen Regionen Dokan, Arbil (Hewler) und Suleymaniye sowie gegen die Stadt Quara Dagh toxische Chemiewaffen eingesetzt. Im März 1988 wurde die kurdische Stadt Halabja Opfer des bis dahin größten Giftgasangriffs seit dem Ersten Weltkrieg. Zwischen fünf- und zehntausend Tote wurden registriert. Erst nach Halabja, nach iranischen, israelischen und massiven Protesten der USA bequeme sich 1989 die deutsche Bundesregierung den Bundestag über "den Stand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen des Verdachts illegaler Ausfuhren von Ausrüstungsteilen zur Produktion chemischer Kampfstoffe im Irak" zu unterrichten. Es handelte sich um einen eineinhalbseitigen dürrtigen "Zwischenbericht". Der Sachstandsbericht enthält in zurückhaltender Formulierung einen verräterischen Satz, den sich die unter Druck gesetzte und in akutem Erklärungsnotstand befindliche Bundesregierung abzurufen mußte: "Die übereinstimmende Prognose der im Laufe des Verfahrens als Gutachter in Betracht gezogenen Personen lautet auch nach erster Prüfung von Unterlagen, ein Nachweis der Eignung der fraglichen Anlagen zur Produktion der einschlägigen chemischen Kampfstoffe sei höchstwahrscheinlich zu führen" (Bundesdrucksache 11/3762, 20.12.1988).

Noch im Mai 1988 hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete Gansel auf seine Frage nach der Beteiligung deutscher Unternehmen im Giftgaskrieg am Golf von Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) zu hören bekommen: "Dazu liegen unserem Hause bisher keine konkreten Erkenntnisse vor". Jahrelang waren in diesem Tenor Parlament und Öffentlichkeit der Bundesrepublik zum Narren gehalten worden – genau so lange, wie es gebraucht hatte, den

chemischen Handel unter Dach und Fach zu bringen, - bis auch die letzte offene Rate an die deutschen Todeskrämer bezahlt war. Denn tatsächlich hat die Bundesregierung mindestens seit 1982/83 Hinweise von US-amerikanischen Stellen erhalten, daß der Irak mit deutscher Hilfe Giftgas fertige oder bei der Anfertigung behilflich sei. Im Frühjahr 1984 hatte die „New York Times“ gemeldet, zwei deutsche Unternehmen, die Firmen "Karl Kolb" und die mit diesem Unternehmen verbundene "Pilot Plant" aus Dreieich bei Frankfurt/Main hätten Laboranlagen "für die Entwicklung von Schädlingsbekämpfungsmitteln" geliefert, die dem Irak zur Produktion von Giftgas dienen. Gezwungenermaßen bestätigte „Kolb/Pilot Plant“ den Export einer "Versuchsanlage" in den Irak, die jedoch für die Konfektionierung kriegstauglicher chemischer Stoffe "nicht in Frage" komme. Während ab jetzt nach außen mit Wortkargheit oder knappen Dementis reagiert wurde, entfaltete die Bundesregierung intern eine gewisse nervöse Betriebsamkeit. Am 15. Mai 1984 kam es zu einer Änderung der Außenwirtschaftsverordnung, durch die fünf chemische Vorprodukte für die Giftgasproduktion unter einen Genehmigungsverbehalt gestellt wurden. "Pilot Plant / Kolb", die noch einiges an massenvernichtungstauglicher Technologie auf Lager hatten, zogen vor ein hessisches Gericht – und bekamen Recht. So konnte auch noch eine finale Lieferung an den Irak durchgeführt werden.

Zeichnet man die Grundzüge der deutsch-irakischen Giftgasproduktion nach, so beginnt deren Geschichte Anfang der achtziger Jahre nördlich von Bagdad, bei Samarra. Hier wurde damals mit dem Bau eines großen Chemiewerks begonnen. Nach offizieller Erklärung der staatlichen irakischen Behörde „SEPP“ („State Establishing for Pesticides Production“) sollten hier Pestizide zum "Schutz der Dattelernte" entwickelt werden. Schon die Ausmaße und der Gesamtcharakter der Anlage standen im Widerspruch zu solchen Angaben: "40 Kilometer südlich von Samarra haben die Irakis eine Sperrzone in einem räumlichen Ausmaß von 160 Quadratkilometern verordnet, wo nicht fotografiert werden durfte. In dieser Einöde erkennt man ein isoliertes Netzwerk von 40 Kilometern Straßen und Gebäuden" (BBC 1, 27.10.1986). Von deutscher Seite waren beim Bau dieser Anlage eine große Anzahl von Unternehmen engagiert: "Preussag" für die Wasseraufbereitung, "Heriger" für die Gebäude, "Hammer" (Kleinostheim) in Sachen Klimaanlage, "Rhein-Bayern" für Labors und Spezial-LKW's und – neben noch anderen – "Karl Kolb / Pilot Plant". Für den Einkauf der sensiblen Module dieser gigantischen Einrichtung in der Zeit einer kriegsbedingt niedergehenden Dattelernte wurden eigens europäische Consultings und Konsortien aufgebaut – vor allem die in Hamburg ansässige Firma „Water Engineering Trading“ (W.E.T). Dieses Unternehmen, an der sowohl ein staatsoffizieller Iraker wie auch deutsche Mitglieder des Bundesnachrichtendienstes beteiligt waren, wurde nach getaner Tat umstandslos aufgelöst. Für die lieferbereiten deutschen Firmen hatte die gewählte Transferkonstruktion den Vorteil, daß man nicht direkt an den Irak liefern mußte, sondern einfach nur per Order „W.E.T.“. Man war so bestens auf dem Laufenden und konnte doch behaupten, von nichts etwas gewußt zu haben. Daß von Pestiziden nur deklaratorisch die Rede war, ergibt sich aus der Tatsache einer bezeichnenden Lieferung von „Kolb / Pilot Plant“ nach Bagdad: Exportiert nach Samarra wurde "eine Gaskammer, in der auch die Wirkung von chemischen Kampfstoffen an Hunden und Katzen überprüft werden kann" (STERN, 10.12. 1987). Aufschlußreich über den Geist mancher Lieferanten mag das Beispiel der Firma "Rhein Bayern Fahrzeugbau" sein, über dessen Eigentümer Anton Eyerle der "STERN" berichtete: "Für Kunden aus dem Irak hat Eyerle eine Überraschung vorbereitet. Aus einem alten Volksempfänger dröhnen Originalreden von Adolf Hitler. Für Eyerle (...) findet der Kampf ums Vaterland in der Golfregion statt". Allein Eyerles Jahresumsatz aus diesen Geschäften lag bei etwa 30 Millionen Mark. Dieselbe Ausgabe des "STERN" erwähnt auch eine besonders brisante Lieferung: "Rhein-Bayern lieferte an die ‚Karl Kolb‘ – und die wiederum an den Irak – ‚acht mobile toxikologische Labors‘". Chemielabors in sandfarbenen Magirus-LKW's mit Klimaanlage. Während das liefernde Unternehmen die Gefährte als "normale chemische Labors" bezeichneten, charakterisierte sie der C-Waffen Experte Adolf-Henning Frucht wie folgt: "Dieses Gerät ist hervorragend geeignet, um taktische Gemische von verschiedenen chemischen Kampfstoffen bestimmen zu können" (STERN, 29/1988).

Neben der Großproduktion von kriegstauglichem toxischem Stoff in Samarra entstand ab 1985 die zweitgrößte irakische Giftgasfabrikation bei Falluja, südwestlich von Bagdad. Auftragsnehmer bei einem Volumen von 20 Millionen Mark war auch in diesem Fall die Hamburger Firma „W.E.T.“, die zu diesem Zweck eine Lizenz des französischen Konzerns „Atochemie“ erworben und in gefälschten Zertifikaten ihre Lieferungen für den angeblichen Export nach Nigeria ausgewiesen hatte. Auch an der weiteren, drittgrößten Giftgasfabrik in Salman Pak soll „W.E.T.“ beteiligt gewesen sein. Ein Auftrag, der nur deshalb nicht verwirklicht wurde, weil „W.E.T.“ unter dem Druck von beginnenden Ermittlungsverfahren die

Arbeit einstellen mußte.

Von "Sanktionen" gegen den Irak seitens der deutschen Regierung, die gegen den Transfer von Anlagen zur Herstellung von chemischen Waffen gerichtet gewesen wären, war nur im umgekehrten Sinn die Rede („STERN“, 29/1988) :

12. April 1984: Frage MdB Gansel (SPD): "Würden Sie (Herr Staatsminister Dr. Mertens) es für eine angemessene Reaktion halten im Interesse der Stellung der Bundesrepublik in der Weltöffentlichkeit und im Interesse der Ächtung des Einsatzes chemischer Waffen – wenn die Bundesregierung den irakischen Flugzeugbauern und –piloten, die sich zur Zeit in Ausbildung (Vermittelt und NGO-mäßig betreut über die Carl Duisberg Gesellschaft; d.Verf.) bei einem deutschen Rüstungsunternehmen befinden, den Aufenthalt in der BRD untersagen würde, bis sichergestellt ist, daß der Irak nicht wieder zum Einsatz völkerrechtlich geächteter Waffen greift?"

Dr. Mertens: "Herr Kollege Gansel. Das wäre eine Sanktion. Ich hielte sie nicht für angemessen."

Die deutsche Beteiligung am Aufbau der irakischen Raketenproduktion

Ein weiteres militärisches Primärprojekt des Baath-Regimes wurde unter der Code Bezeichnung „SAAD 16“ in der Nähe von Mossul errichtet und fungierte als rüstungswirtschaftliches Forschungszentrum mit dem Schwerpunkt Raketentechnologie. Die Treibsätze, die hier entwickelt wurden, sollten Raketen mit großer Reichweite und dreifacher Schallgeschwindigkeit ergeben. Neben der Fabrikation moderner Missiles waren irakische und deutsche Techniker in diesem Fall besonders mit der Elaborierung spezieller Raketenköpfe beschäftigt, die vor allem durch die Ausstattung mit einer explosiven Submunition ausgezeichnet waren, mit deren Hilfe ganze Schlachtfelder quasi vermint werden sollten. Gleichmaßen war man mit einer anderen naheliegenden Frage beschäftigt, wie es praktikabel sei, tödliche Nervengase und toxische bakteriologische Stoffe seriell auf die Raketenköpfe zu konfektionieren. Der Bau der Anlage, deren weitreichende Massenvernichtungskraft ausdrücklich auch für den "zionistischen Feind Israel" bestimmt war, geriet fast ausschließlich zum Werk deutscher Firmen. Generalunternehmer für den Komplex war die "Gildemeister Projecta", eine Tochterfirma des Bielefelder Werkzeugmaschinenherstellers Gildemeister. Weiter am Projekt beteiligt waren die Firmen : „MBB“, „Karl Kolb“, „Schneck“, „Integral Sauer“ und das Wiener Planungsbüro „Consultco“. Auch die eigentliche Endfertigungsstätte für den irakischen Raketenbau, die südlich von Bagdad bei Mahmudiya lag, kam ohne deutsche Hilfe nicht zustande. Unter Anleitung des Consen-Subunternehmers "Fenneberg" wurden ab August 1987 die drei Anlagenkomplexe in Tag- und Nachtarbeit von 7500 Arbeitsmigranten aus Indien und Pakistan hochgezogen. "Siemens" lieferte für das Raketenwerk die Schaltanlagen und Transformatoren. An diesen Orten entstanden unter substantieller deutscher Beihilfe auch jene Missiles, deren giftgasgefüllte Köpfe später auf das Ziel Tel Aviv ihre Einjustierung erfuhren.

Auch in anderen Sektoren der baathistischen Rüstungsentwicklung waren die Deutschen nennenswert beteiligt: Noch 1989 planten die Iraker eine Artilleriefabrik für Geschütze größeren Kalibers in der Region Taji. Der Hauptauftrag dafür erging in Höhe von 130 Millionen Mark an die westdeutsche "Ferrostahl" als Generalunternehmer. Der Essener Baukonzern "Hochtief" errichtete die Fundamente. "Buderus" steuerte Fachwissen bei. Die Düsseldorfer MAN-Tochter "Hasenclever" lieferte eine hochmoderne Schmelzpresse. „MAN“ lieferte über "Ferrostahl" den benötigten 50 -Tonnen Kran. Die Großanlage von Taji bedeutete den Endpunkt einer Produktionskette, die alles zur Verfügung stellen sollte, was der Irak für eine "unabhängige" Geschützproduktion benötigte.

Für die deutsche Rüstungsexportierende Industrie war dies nicht nur ein gigantisches Geschäft, das potentiell den Zugriff auf irakische Devisenreserven in Höhe von ursprünglich 30 Milliarden Dollar versprach, es war dies zugleich auch die Lehrzeit für die Kultivierung aller späteren deutschen Camouflagen, an Exportverboten vorbei ungehindert tödliches Gerät in alle Welt liefern zu können. Am Beispiel Irak probten die Deutschen das Verfahren, Rüstungsgüter prinzipiell als zivile Güter zu deklarieren. So bezeichnete "Gildemeister Projecta" das Raketenforschungszentrum „SAAD 16“ als ziviles "Forschungs- und Entwicklungsprogramm der Universität Mossul". Auch die später von Firmen wie "Fritz Werner" (Geisenheim) entwickelte Strategie, Lizenzen für vom Ausfuhrverbot bedrohte Rüstungsgüter direkt an subproduzierende Firmen anderer Länder zu übertragen (etwa für die neue kleinkalibrige NATO Munition der Türkei), wurde im Irak zuerst „getestet“. Auf diese Weise verdienten deutsche Unternehmen in den Jahren 1982 bis 1986 allein für gelieferte Waffen oder waffentaugliches Gerät den nennenswerten Betrag von 625 Millionen Dollar. Daß

auch mit diesen Daten der amerikanischen Abrüstungsbehörde noch längst nicht die gesamte Dimension der militärischen Lieferungen der BRD an den Irak erfaßt ist, zeigt ein Blick auf die Kosten und Preise der oben geschilderten Militärprojekte bundesrepublikanischer Firmen im Zweistromland: Allein das Forschungszentrum „SAAD 16“ repräsentierte eine Investition von ca. 750 Millionen Dollar. Für die Raketenfabrik Mahmudiya mußten 450 Millionen Dollar erbracht werden. Das aber bedeutet, daß diese beiden zentralen Projekte allein für die BRD-Rüstungsunternehmen im Irak ein Budget von 1,2 Milliarden Dollar offerierten. Seit Beginn des Golfkriegs existierte eine umfassende militärische Kooperation zwischen Deutschland und dem Irak, die ganz besonders auch die Elaborierung und Produktion moderner Massenvernichtungsmittel beinhaltete.

Die Ausbildungshilfe an den Irak

Als Dr. Kinkel lachte...

Wie eng und intim-vertraut die Beziehungen zwischen führenden deutschen Politikern, Geheimdienstleuten, Polizisten und dem Baath-Regime waren, - wobei stets Repräsentanten der FDP besonders ins Auge fallen -, ergibt sich aus der Betrachtung des offiziell genehmigten Ausbildungsprogramms der „GSG 9“ für irakische Terroreinheiten. Zu Beginn der achtziger Jahre hatte die Hamburger Firma "Wenzel Hruby" auf Vermittlung des Bundesnachrichtendienstes („BND“) umfangreiches Kriegsmaterial dem Irak zur Verfügung gestellt. Bestandteil des 10 Millionen Mark Vertrages mit den Irakern, für dessen Zustandekommen der damalige Chef des „BND“, Klaus Kinkel (FDP), persönlich verantwortlich zeichnete, war die Ausbildung einer Anti-Terror-Einheit nach dem Vorbild der deutschen GSG 9 sowie die Lieferung von 600 Maschinenpistolen. Aktenkundig wurde der Deal durch die Verhaftung des Irakers Abdul Jebara, der im Mai 1986 bei dem Versuch ertappt worden war, 30 Kampfhubschrauber über die Hamburger Firma "Procom" für den Irak zu beschaffen. Als der Verhaftete seinen "guten Freund", den „BKA“-Chef Boge zu sprechen verlangte, - der sich aber plötzlich unansprechbar zeigte, - äußerte Jebara drohend: "Sie haben Angst vor meiner Entlassung, denn dann werde ich schonungslos auspacken" (taz 13.8. 1990). Er erinnerte auch öffentlich an "kleine Freundschaftsdienste", die man sich gegenseitig geleistet habe. So geschehen am 24. April 1982, als der zu Besuch in Deutschland weilende irakische Innenminister Sadour Shakir 75 Pistolen und 90 Revolver der Firma "Krausser" in Empfang nahm – als persönliches Präsent. Bei diesem Besuch schaute Shakir auch bei Klaus Kinkel vorbei. Jebara erinnerte sich daran, daß der irakische Innenminister ihn bat, "Herrn Kinkel zu fragen, ob er die erhaltenen Waffen sofort mitnehmen dürfe". Kinkel habe darauf "gelacht", so Jebara, und "sagte Herrn („BND“) Oberst Phillip, er solle es so arrangieren, daß die Waffen ohne Ausfuhrpapiere zur Privatmaschine des Innenministers kommen". Nach solchen Freundschaftsbekundungen soll Kinkel nach den damals von der taz referierten Dokumenten und Aussagen auch die Kontakte zu einem möglichen Lieferanten der von Boge zugesagten Polizeihilfe hergestellt haben. Kinkels Empfehlung: die Hamburger Firma "Wenzel Hruby Communication Equipment GmbH Import Export Transit" (taz, 13.8. 1990). Das Ausbildungsprogramm fand danach vom Mai bis zum September 1982 planmäßig statt, es umfaßte passenderweise auch die "Anwendung verschiedener Arten von Kampfgasen".

Was wußte die Bundesregierung?

Der Möllemann-Bericht

Erst Anfang 1990 nimmt eine der im Bundestag vertretenen Parteien die Sache immerhin so ernst, daß erstmals der naheliegende Gedanke an einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß überhaupt erwogen wird. Zwei Abgeordnete der Grünen hoffen, daß die widerstrebende SPD mitzieht, da für ein solches Unternehmen die Zustimmung eines Viertels der Parlamentarier (165 Abgeordnete) gewonnen werden mußten. Unmittelbarer Anlaß ist den Grünen der äußerst lückenhafte "Bericht über die Ausfuhren in den Irak" zwischen 1981 und 1990, den Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann dem Parlament übergeben hatte. Die Grünen erklärten, "wir werden nicht lockerlassen, bis die unrühmliche Rolle der Bundesregierung bei der Genehmigung und augenzwinkernden Duldung der Irak-Waffengeschäfte vollständig aufgeklärt ist." Der stellvertretende SPD-Fraktionschef Norbert Gansel (isoliert in seiner Partei), sekundierte mit der Bemerkung, daß sich die weiteren Ermittlungen des Parlaments "so oder so dicht am Rande eines Untersuchungsausschusses bewegen oder ihn sogar überschreiten" werden (DIE ZEIT, 18.4. 1991).

Möllemanns Irak Bericht, Aktenzeichen AZ V B4-296-92-VS, war als Verschlusssache klassifiziert und daher nur wenigen Parlamentariern bekannt. Damit nach Möglichkeit die Sache geheim und dauerhaft der Öffentlichkeit entzogen bliebe, hatte das Kabinett beschlossen, ihn später nur in bereinigter Forum zur Veröffentlichung freizugeben. Auf 64 Seiten hatten Beamte des Wirtschaftsministeriums unter Möllemanns kundiger Aufsicht (er fungierte anlässlich der zu untersuchenden Periode des Waffentransfers als Staatsminister im Auswärtigen Amt) durchweg nur längs bekannte Informationen aufbereitet, aber auch einige bislang unbekannt Details preisgegeben, die Stoff für einen Untersuchungsausschuß hätten abgegeben können. Weitgehend kommentarlos schlüsselt der Bericht-Möllemann summarisch Rüstungsexporte auf – auch solche, die nicht genehmigt wurden; ferner erwähnt er diverse Ausfuhren, die zwar keiner Genehmigung bedurften, aber trotzdem das irakische Militärpotential beträchtlich gestärkt hatten. Schon das Volumen der genehmigten Exporte macht stutzig, zumal diese Transfers über die gesamte Dauer des irakisch-iranischen Krieg erfolgt sind und mithin in die Amtsperiode von drei FDP-Wirtschaftsminister fallen: Otto Graf Lambsdorff, Martin Bangemann und Helmut Haussmann. Die genehmigten Exporte umfaßten – auszugsweise - : 111 militärisch einsetzbare Lkws, Computerelektronik, Radar und Chiffriergeräte, Pistolen und Munition. Vor allem aber widerlegte der Bericht Möllemanns dessen ständige Beteuerung, die Regierung habe zwischen 1981 und 1990 keinem Export von Kriegswaffen in den Irak zugestimmt. Auf Seite 19 des Berichts steht: "Entsprechend den rüstungsexportpolitischen Grundsätzen hat die Bundesregierung bei der Genehmigungserteilung für Zulieferung in das Partnerland (gemeint ist Frankreich) dem Kooperationsinteresse Vorrang eingeräumt." Im Interesse der Regierung in Paris wurden der Münchener Waffenschmiede "MBB" Lenkwaffen-Zulieferungen nach Frankreich gestattet. Von der dort ansässigen Firma "Euromissiles", die zu 50 % "MBB" gehört, wurden dann die komplettierten Waffensysteme in den Irak verschifft. Derart wurden aus Deutschland via Frankreich in den Irak geliefert: 133 Flugabwehrraketen-Systeme Roland mit 4250 Raketen, 262 Startanlagen der Panzerabwehrwaffen HOT mit 10 953 Raketen und 372 Startanlagen der Panzerabwehrwaffe Milan mit 12 386 Raketen. Ein Arsenal zum Führen kompletter Schlachten. Unklar gelassen wurde, ob der Bundessicherheitsrat – ein grundgesetzlich fragwürdiges Geheimkabinett für heikle Aktionen – sich mit diesen Exporten beschäftigt hatte, was Möllemann in einer „Aktuellen Stunde“ des Bundestags immerhin andeutete. Sensationellen Inhalts ist auch die Seite 22 des Berichts, wo die Beteiligung der notorischen Firma "Kolb/Pilot Plant" am Aufbau des irakischen C-Waffenprogramms referiert wird: explizit bestätigt wird an dieser Stelle, daß die Regierung der Bundesrepublik schon 1982 erste Hinweise über die deutsche Beteiligung am Aufbau des Programms chemischer Massenvernichtungsmittel erhalten hatte. 1984 wurden diese Anzeichen sogar konkret verifiziert. Nicht geneigt, nun auf der Stelle eine zureichende Außenwirtschaftsprüfung vorzunehmen, schlug die Bundesregierung informelle "Gespräche" mit den Vertretern der beteiligten Firmen vor. Zwar wurde "Karl Kolb" von August 1984 an keine Exportgenehmigung mehr erteilt, dennoch wurde weitergeliefert. Im Möllemann-Bericht heißt es: "USA und Israel bleiben weiterhin von einer Beteiligung deutscher Firmen an der irakischen Giftgasproduktion überzeugt und berichteten mehrfach über ihnen vorliegende Erkenntnisse". Doch erst ein Jahr nach der vollen Aufnahme der C-Waffen-Großproduktion im irakischen Samarra leitete die Staatsanwaltschaft Darmstadt im November 1987 ein Ermittlungsverfahren gegen "Kolb" ein. Ungeachtet dessen erklärte Wirtschaftsminister Bangemann noch im Dezember 1987, die Anlagen von Kolb seien "nicht zur Herstellung chemischer Waffen geeignet". Wie mangelhaft die Bonner Maßnahmen waren, belegt der Bericht Möllemanns auf Seite 29 mit der beiläufigen Information, daß die Firma "Kolb" 1988/89 damit begonnen hatte, an einer neuen Fabrik in Falluja mitzuarbeiten – dem Dossier zufolge eine weitere C-Waffen Fertigung, die moderner und funktionsfähiger noch als Samarra konzipiert sei. In dem C-Waffen Teil des Reports (Seite 26) ist schließlich zu erfahren, auf welche Art die Bundesregierung ihre angebliche Ahnungslosigkeit zu erklären suchte, wenn ausgeführt wird, daß das "Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung" 1989 der Darmstädter Staatsanwaltschaft keine Amtshilfe leisten konnte, weil "es über keine Wissenschaftler oder Fachleute zur Beurteilung derartiger Chemieanlagen oder Fertigungsanlagen verfügte". Man konnte entwickeln, liefern, und im Irak mit deutschen Technikern alles auch installieren, nur "beurteilen" konnte man nicht, was man tat. Gezwungenermaßen beschäftigt sich der Möllemann-Bericht auch mit dem Wirken der dubiosen Hamburger Firma „W.E.T.“, die von Eingeweihten als Tarnunternehmen des Bundesnachrichtendienstes angesehen wurde, dessen Gründung in die Zeit fiel, als Klaus Kinkel (FDP) Herr dieses Dienstes war. Möllemann muß zugeben: „W.E.T.“ soll "nach hier vorliegenden Erkenntnissen" Mitte der achtziger Jahre an "biotechnischen Exporten in den Irak" beteiligt gewesen sein. Seit März 1990 lagen dem Hause Möllemann nach eigenem

Eingeständnis noch weit mehr Hinweise über die Mitwirkung Deutscher an der Elaborierung von B-Kampfstoffen vor. Von den Toxinen Botulinus A und B ist offen die Rede. Welcher Art die "Erkenntnisse" sind, läßt der Bericht offen. Er geht auch nicht auf die virulenten Behauptungen ein, daß ein „BND“-Mitarbeiter aktiv an den „W.E.T.“ Machenschaften teilgenommen habe. Dagegen macht das Dossier amtlich, daß der Irak mit deutscher Hilfe in die Lage versetzt worden ist, die Entwicklungszeiten für Atomwaffen von zehn auf fünf Jahre zu verkürzen. Offen blieb ebenso, weshalb die Bielefelder Firma "Gildemeister" bis 1989 an der Fertigstellung des Militärprojekts „SAAD 16“ in Mossul mitarbeiten durfte, obwohl dem Bonner Wirtschaftsministerium seit 1981 vage, seit 1982 konkrete Hinweise auf die Tatsache eines militärischen Raketenkomplexes vorlagen. Die Firma "Havert" hatte für ihre Irak Exporte sogar eine HERMES-Kreditbürgschaft von 2,4 Mio. Mark erhalten. Erst später stellte sich heraus, daß die exportverbürgten Teile des Geschäfts besonders konstruierte Bestandteile von Raketen waren.

Wie hochaktiv Deutschland im irakischen Kriegsgeschäft mitgewirkt hat, geht hervor aus der ersten Rede der neuen Abgeordneten Uta Zapf (SPD) im Bundestag: Der Möllemann-Bericht verschweige, "daß die Bundeswehr selber Ausbildungsprogramme für irakische Offiziere bis in die jüngste Zeit durchgeführt hat, nämlich von 1983 bis 1990". Weil ihre Redezeit abließ, konnte die Abgeordnete nicht mehr belegen, wie sie in dieser Sache vom Bonner Verteidigungsministerium hinters Licht geführt worden war. Auf ihre Anfrage im Verteidigungsministerium hatte dessen Staatssekretär Ottfried Hennig geantwortet: "Bei der Firma Dornier wurden keine Praktika der irakischen Studenten durchgeführt." Uta Zapf lag zu dieser Zeit ein Brief vor, in dem der Firma "Dornier" mit Datum 21. Oktober 1983 die Ankunft von "25 irakischen Studenten" angekündigt wird, und zwar "for the Aviation Engineering Study". Der Brief ist von Oberst Basam A.K. Askar, Verteidigungsattaché in der irakischen Botschaft Bonn unterzeichnet. Als Absender der Namensliste der Neuankömmlinge firmiert die "Iraq Air Force".

Die Meister aus Deutschland Kontinuität des Deutschen Trauerspiels

Für die Leute in Deutschland ist Giftgas eine ganz furchtbare Sache, Kunden im Ausland stört das nicht

Dieter Backfisch, Geschäftsführer „Karl Kolb“ (FR 6.1. 89)

"Die deutschen Todeskrämer lieferten technischen Sachverstand und Material für die Produktion von Giftgas an den Irak, an Syrien und Libyen", schrieb William Safire (1989) in der New York Times. "Dabei sollte man erwarten, daß die gegenwärtige Generation von Deutschen, die sich der Schuld ihrer Väter am Vergasen von Millionen Menschen vor gar nicht so langer Zeit bewußt sein sollten, besonders empfindlich auf die Möglichkeit reagieren würde, Deutsche könnten einem terroristischen Diktator bei Gasmord in irgendeiner Weise helfen". Als das FDP-Mitglied Rudolf Augstein in die Bresche sprang ("Mensch, William, Du hast sie wohl nicht mehr alle"), klassifizierte Safire den "SPIEGEL"-Herausgeber als Sprachrohr der Giftgasexporteure: "Augstein, dieser Oberbeschöniger von Genscher", dem "auf Exporte so bedachten Außenminister" (NYT 16.1. 89).

Die Deutschen wollten in ungebrochener Kontinuität ihrer fatalen Geschichte Massenvernichtungsmittel einfach wieder liefern. Deutsche Militärs hatten Giftgas im Ersten Weltkrieg im belgischen Ypern versprüht. Der Nationalsozialismus hatte Millionen Juden durch toxische Stoffe ermordet. Schon 1919 war dies im „Versailler Vertrag“ geächtet worden. Nach der Niederlage des Faschismus wurde die neue Bundesrepublik darauf verpflichtet, auf den Besitz von C-Waffen zu verzichten („Pariser Protokoll“, 1954). Ungeachtet solcher Verbindlichkeiten war auch die Bonner Rüstungsindustrie findig genug, solche Verbote systematisch zu umgehen: die germanischen Todeskändler deklarierten ihre Lieferungen als Ungezielfernichtungsmittel, die zur rationellen, industriemäßigen und kostengünstigen Menschenvernichtung im Irak zum Einsatz kamen.

Bis heute wird diese Schuld geleugnet. Dazu gehört vor allem "das Ausklammern der Proliferation, sprich der Mitverantwortung der großen Industriestaaten, an erster Stelle Deutschlands, für die Aufrüstung des Irak mit Massenvernichtungswaffen und deren Einsatz" (Offeringer, Vortragsmanuskript, Berlin, 28.3. 1988). Obwohl die vollzogenen Proliferation an den Irak den Umfang und die Tatbestände eines Menschheitsverbrechens oder gar die des Völkermords erfüllt, ist von ihrer Aufarbeitung oder von fälliger Rehabilitation der irakischen Opfer in Deutschland keine Rede. Nicht eine einzige Parlamentarierdelegation hat je die überlebenden Menschen in der heute immer noch zerstörten kurdischen Stadt Halabja auch nur besucht. Weder eine Mitschuld wurde gestanden noch den Kurden eine Entschuldigung erteilt. "Deutschlands Beteiligung an der irakischen C-Waffenproduktion (...) und seine

Mitverantwortung für den Einsatz von Giftgas zur Vernichtung kurdischer Menschen zeigt, daß Deutschland seiner historischen und besonderen Verantwortung nicht gerecht geworden ist, sondern neue Schuld auf sich geladen hat, die beharrlich geleugnet wird" (Offeringer, a.a.O.).

Die Deutschen liefern auch wieder: Die Staatsanwaltschaft Mannheim („SPIEGEL“, 9/2002) ermittelt zusammen mit dem Kölner Zollkriminalamt seit neuestem gegen sechs Beschuldigte deutscher Unternehmen, denen die Lieferung von illegaler Technologie an den Irak vorgeworfen wird. In einem Fall von Spezialbohrgeräten für das weitreichende 210-Millimeter Geschütz „al-Fao“. Das Produktionsziel Massenmord kennt kaum ein Risiko: Die ehemaligen Lieferanten wurden als spätere Angeklagte in Hamburg und anlässlich der „Darmstädter Giftgasprozesse“ entweder freigesprochen oder zu Geldstrafen wegen eines simplen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz zu Geldstrafen verurteilt. Einer Ordnungswidrigkeit. Wie Falschparken.
